

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

23. Woche für die Zeit vom 1. bis 7. Juni 1895.

Posen, 10. Juni 1895.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 122 des Dziennik Poznański
vom 29. Mai 1895:

Die Brodfrage.

Es ist statistisch erwiesen, daß mehr Polen als Deutsche geboren werden, trotzdem aber verschwinden wir mit den Jahren allmählich und die Zahl einer anderen Bevölkerung wird in unserem Erblande relativ immer größer; was aber noch schlimmer und gefährlicher ist, das ist der Umstand, daß die männliche, in der Blüthe des Lebensalters stehende Bevölkerung in chreckenregender Weise bei uns abnimmt und das Land, welches sie geboren und großgezogen, von ihr einen gehörigen Nutzen hat. (Vergleiche den Artikel n Nr. 18 Seite 187 des Gesamtüberblicks vom 6. Mai 1895 betitelt: Abnahme der katholischen Bevölkerung.)

Die Ursache dieser Erscheinung braucht nicht weit gesucht zu werden, dieselbe ist leicht zu finden. Es ist dies die Auswanderung der polnischen Bevölkerung, sei es jenseits des Oceans, sei es nach anderen Gegenden oder sogar Staaten Europas im Westen. Wenn wir eine genaue Statistik der polnischen Bevölkerung in den überseeischen Ländern und eine solche der in den Städten und Dörfern von ganz Deutschland und der angrenzenden Staaten ansässigen Polen hätten, würde die in unseren Landen nachgewiesene Abnahme sicherlich mit Leichtigkeit gefunden werden können. Dadurch wird die sich immer mehr bei uns befestigende Ansicht bestätigt, daß die Ursache, weshalb die Polen ihr Heimathland verlassen, der Brodmangel ist. Traurig und demüthigend ist das für uns, die wir wissen und mit Stolz uns daran erinnern, daß es Zeiten gab, in welchen Westeuropa Polen seine Kornkammer nannte und in so manchen Jahren der Hungersnoth dort seine Rettung fand. Wie ist das gekommen und woran liegt es, daß dasselbe Land nicht mehr seine eigenen Kinder ernähren kann? Kleiner ist ja dasselbe nicht geworden, im Gegentheil, aus Sümpfen, Debländereien und Wäldern wurde viel fruchtbaren Bodens gewonnen, durch tiefes Pflügen eine dickere Erdrume hergestellt, welche durch allerlei Kulturarten und durch eine nachhaltigere Wirthschaft fortwährend in einer größeren Ertragsfähigkeit erhalten wird. Dies ist Alles wahr, nicht minder wahr bleibt es aber, daß die Auswanderung des polnischen Volkes des Erwerbs wegen geschieht und daß es weit in die Fremde zieht, um Brod zu suchen, welches es im eigenen Lande nicht hat finden können. Dieser Widerspruch läßt uns mutmaßen,

daß die Ergiebigkeit des Bodens allein unter den jetzigen Verhältnissen nicht den genügenden Lebensunterhalt für das Volk bedingt, daß es vielmehr solcher Bedingungen noch mehrere und zwar so weittragende giebt, daß der Grund und Boden bei der größten Ergiebigkeit doch nicht so viel Brod giebt, um nicht die eigenen Kinder aus der Heimath zu vertreiben. Und dies ist es gerade, was uns drückt, was die natürliche Ordnung bei der Entwicklung der Bevölkerung stört.

Alle diese Bedingungen des Lebensunterhalts zu erkennen, namhaft zu machen und zu prüfen, das ist die große und schwierige Aufgabe der Soziologie. Dadurch würde erwiesen werden, daß diese Bedingungen zwar überall meist dieselben sind, daß sie jedoch wechseln und aus natürlichen, sozialen und politischen Eigenthümlichkeiten sich der Zahl nach sogar ändern. Bei uns besonders, die wir von dem natürlichen, nationalen Ganzen losgetrennt und einer fremden Nation zugetheilt sind, werden viele dieser Bedingungen gar nicht berücksichtigt, wodurch das Uebel wächst und sich immer mehr zuspitzt. Wir lesen jetzt von einer Massenauswanderung des polnischen und russischen Volkes (Kothreußen), welche von unserer Intelligenz unterstützt wird; wir lesen soeben von einem gewissen Herrn Klobukowski, welcher mit den Auswanderern als deren Anführer nach Brasilien gereist ist. Vor einigen Jahren schwärmte derselbe Herr in derselben Absicht von Argentinien. Nicht hier ist der Ort dazu, darüber zu verhandeln, ob es recht oder unrecht ist, dem Volke zu der Auswanderung zu verhelfen und dasselbe namentlich nach Brasilien zu schaffen. Wir wollen hier auf einen anderen Umstand aufmerksam machen. Die galizischen Auswanderer, das sind fast lauter ansässige Bauern, die ihren Grund und Boden veräußerten, um in — Brasilien einen besseren Lebensunterhalt zu suchen! Wo bleibt da unsere Ansicht und eigentlich unsere fast allgemeine Ueberzeugung, daß durch die Ansiedelung des Volkes auf einem eigenen Stückchen Landes dasselbe an die heimathliche Scholle und an die Heimath gebunden wird? Und wenn dies bei den zahlreichen Veräußerungen von Bauernwirthschaften der Auswanderung wegen zweifelhaft erscheint, was soll man da von den Parzellirungen und von den jetzt so begehrten Rentengütern denken?

Man kann zwar nicht sagen, daß in der Ansiedelung von Kleinbauern nichts Gutes oder Begehrtenwerthes läge, doch das Vosschlagen des Grundes und Bodens in der Heimath, um in fremden Welttheilen wieder nach dessen Besitz zu sagen, giebt ernstlich zu denken. Doch nicht allein die Bauern, diese thuen es gerade am seltensten, nicht allein die beschäftigungslosen Arbeiter in Dorf und Stadt und die noch nicht freigesprochenen Handwerker

wandern von uns aus, dies thun auch die aus-
gelernten Handwerker, ferner die Kaufleute, namentlich
die jungen, dies thun verschiedene Techniker, sowie
Ingenieure mit höherem Bildungsgrade. Sie Alle
finden hier thatsächlich keinen genügenden Lebens-
unterhalt, denn es giebt nicht genug lohnender Arbeit.
Diese suchen sie nun in der Fremde und ihrer wegen
siedeln sie sich dort, oftmals für immer, an. Die
Anhänglichkeit aller dieser Leute an die Heimath und
Nation ist uns Allen bekannt. Wir wissen auch, mit
welchem festen Vorsatz sie auswandern, nämlich wieder
zurückzukehren, sobald sie sich die entsprechenden Mittel
erworben haben. Wir wissen auch, daß sie sich alle
Mühe geben, ihre Kinder in der Fremde polnisch
und zu Polen zu erziehen, doch mit der Zeit gestalten
sich die Verhältnisse anders, sie können selbst nicht
zurückkehren, sterben dort, ihre Kinder aber werden
von dem stärkeren Strome mitfortgerissen, und was
derselbe nicht im ersten Geschlecht entriß und ent-
nationalisirt hat, thut er sicherlich in den folgenden
Geschlechtern.

Die Brodfrage spitzt sich bei uns immer mehr und
immer schneller zu und überdies noch unter einer ganz
anderen Form und Richtung, als dies im Allgemeinen
der Fall ist. Der H. R. L.-Verein bildet die neue
und noch wenig bekannte Verschärfung, denn er bringt
sie mit dem nationalen Attentat in Verbindung und
macht sie gleichzeitig zu einem Rassen- und Religions-
kampf. Unter solchen Umständen lenkt die Frage
der Verhältnisse unserer Bevölkerung, namentlich aber
die Brodfrage, nothgedrungen die Aufmerksamkeit Aller
auf sich. Ich bringe dieselbe hiermit zur Sprache,
doch hierin Wandel zu schaffen vermögen wir, offen
gestanden, nicht.

Aus Nr. 125 des Dziennik Poznański
vom 1. Juni 1895:

Ungleiches Maß.

In Adelnau ist die Stelle eines evangelischen
Pastors neu zu besetzen. Laut amtlicher Bekannt-
machung muß der betreffende Bewerber der polni-
schen Sprache mächtig sein, weil viele Parochial-
mitglieder ausschließlich nur polnisch sprechen.

Die Forderung, daß der Pastor, welcher der
Seelsorger polnischer Protestanten sein soll, der pol-
nischen Sprache mächtig sein müsse, ist sehr gerecht-
fertigt. Weshalb wird aber dieser Grundsatz nicht
auch den polnischen Katholiken und überhaupt der
polnischen Bevölkerung gegenüber genau befolgt, weß-
halb führt der Staat für die polnischen Kinder
den deutschen Religionsunterricht ein und weßhalb
werden denn überhaupt in den polnischen Gegenden
gerade diejenigen Beamten begünstigt, welche der
polnischen Sprache nicht mächtig sind?

Aus Nr. 125 des Goniec Wielkopolski
vom 1. Juni 1895.

Ausstellungsdiplome.

Wessen Aufgabe ist es, darüber zu wachen, daß
das Posener Ausstellungs-Komitee die Gleichberech-
tigung wahre? Wir haben hier in erster Linie die
Medaillen und Diplome im Auge, welche doch für
die polnischen Aussteller polnische Inschriften haben
bezw. polnisch gedruckt sein müßten. Wir nehmen
an, daß sich mit der Medaillenfrage irgend eine be-
sondere Komitee-Abtheilung befaßt, welche sich nach

der Gerechtigkeit richten werde, — nichtsdestoweniger
aber ist es Pflicht aller polnischen Komiteemitglieder,
darüber zu wachen, daß unsere nationalen Sonder-
rechte gewahrt werden. Vergessen wir nicht, daß die
Ausstellung ein Privatunternehmen ist und daß in
dem 113 000 Mark betragenden Garantiefonds sich
leider gegen 40 000 Mark, also über ein Drittel,
polnischen Geldes befindet. Wir wollen hoffen, daß
die im Komitee befindlichen Polen sich der Sache
annehmen und sie in die richtigen Bahnen lenken
werden. Jetzt, wo wir schon soweit gekommen sind,
daß sogar die uns früher wohlwollenden Deutschen
sich durch die H. R. L.-isten, diese wiederum sich
durch die Regierung decken, müssen wir umsomehr
auf unserer Hut sein und nicht zugeben, daß einzelne
deutsche Privatpersonen oder ganze Körperschaften
unsere Sprache beseitigen, widrigenfalls wir noch er-
leben, daß uns die Herren Deutschen es übel ver-
merken werden, wenn wir untereinander polnisch
sprechen.

In Kreisen der Gewerbetreibenden ist man in
Betreff der Medaillen und Diplome sehr gespannt —
denken wir daher bei Zeiten daran, damit wir nicht
etwa wieder ein neues Unrecht erfahren.

Aus Nr. 125 des Goniec Wielkopolski
vom 1. Juni 1895:

Bischof Dr. Litowski.

Einige polnische Blätter scheinen es zu tadeln,
daß der Herr Weihbischof Dr. Litowski am Festmahl
bei der Eröffnung der Provinzial-Gewerbeausstellung
Theil genommen hat. Das Blatt bemerkt, die That-
sache habe unzweifelhaft auf alle Polen einen betrü-
benden Eindruck gemacht. Zwischen dem Volke und
der Geistlichkeit bestehe nicht mehr „die Verbindung
nach außen hin“, wie man sich derselben noch aus
der Zeit der Primasse Dunin und Przyluski erinnere.
Ohne Zweifel — fährt das Blatt fort — würde es
vollständig genügt haben, wenn der Prälat Wanjura
oder ein anderer kirchlicher Würdenträger deutscher
Nationalität die geistliche Behörde vertreten hätte.
Dem Bischof Dr. Litowski sei daraus jedoch kein
Vorwurf zu machen, da es allen bekannt sei, daß es
ihm gerade darum gehe, daß die traditionelle Ver-
bindung des Volkes mit der Geistlichkeit — na-
mentlich dort, wo es darauf ankomme, sie nach außen
zu zeigen — nicht in Vergessenheit gerathe.

Aus Nr. 126 des Dziennik Poznański
vom 2. Juni 1895:

Schulangelegenheiten.

Zersitz bei Posen, den 31. Mai.

Ueber die unzureichenden Schulräume in Zersitz
ist schon wiederholt geschrieben und Klage geführt
worden. In dieser Beziehung haben sich die Ver-
hältnisse nicht geändert, denn zu Ostern d. Js.
wurden von dem jüngsten Jahrgang etwa 70 Knaben
und ebenso viel Mädchen nach Hause entlassen, mit
dem Bemerken, daß sie erst nächste Ostern sich zum
Schulbesuch melden sollen. Es treten jedoch, sagt
der Dziennik Poznański, Umstände ein und Einfälle
werden gezeitigt, welche der Logik ein Schnippchen
schlagen. Eine solche Geschichte ist nämlich hier in
Zersitz vorgekommen. Anfangs Mai stellte eine
Dame dem Kreisschulinspektor Gärtner einen jungen,
protestantischen Schulamtskandidaten vor, ersuchte ihn

um seine Protektion, namentlich um Verleihung einer Stelle an einer der Posener Schulen oder auch an einer solchen in der Umgegend und sei es auch, wenn's nicht anders ginge, als Stellvertreter. Dieser Kandidat wird von Michaelis ab seiner Militärdienstpflicht genügen. Das Ersuchen der Dame war dem Herrn Kreisschulinspektor anscheinend sympathisch, denn sobald ein katholischer Lehrer erkrankte, schickte er jenen Kandidaten zur Vertretung. Früher übernahmen die an derselben Schule angestellten Lehrer die Vertretung. Die Krankheit war nicht von langer Dauer, die Vertretung erreichte somit ihr Ende. Für den bevorzugten Kandidaten mußte daher eine andere, dauerndere Beschäftigung gefunden werden. Man schickte schleunigst an diejenigen Eltern, deren Söhnchen zu Ostern zurückgestellt wurden, Zettel mit der Ankündigung, daß sie dieselben zum 1. Juni in die Schule schicken sollten. Auf diese Weise war ein neuer Lehrer erforderlich. Der Kreisschulinspektor ernannte für die Stelle den Kandidaten, vorläufig als Vertreter. Er ist verpflichtet, wöchentlich 18 Stunden für eine monatliche Entschädigung von 60 Mark zu erteilen. Die Ferien werden ebenfalls bezahlt. Mit Recht fragen die daran beteiligten Gemeindeglieder, warum der Kreisschulinspektor nicht schon vor Ostern die Anstellung noch eines Lehrers beantragte? Warum wurde der Vertreter nicht gleich mit dem Beginn des Unterrichts angenommen? oder auch, weshalb wurde nicht mit der Ernennung des Vertreters bis nach den großen Ferien gewartet und endlich, auf welcher Unterlage wurde die Vertretung einem evangelischen Lehramtskandidaten übertragen? Es muß zugegeben werden, daß alle diese Fragen vollständig begründet sind und daß die ungewöhnlichen Verhältnisse, unter welchen das Bedürfnis der Ernennung eines neuen Lehrers geschaffen wurde, namentlich aber die Einberufung eines Protestanten zu dessen Vertretung, in der Gemeinde große Verwunderung hervorrufen mußte. Für die in der Nähe von Posen belegenen Ortschaften hält es niemals schwer, einen katholischen Lehrer zu erhalten. Obwohl die bei der hiesigen Schule zu besetzenden Stellen seitens der Regierung nicht bekannt gemacht werden, gehen bei derselben fortwährend Gesuche von den Lehrern um Uebertragung einer hiesigen Stelle ein. Weder Regierung noch Gemeinde würden wegen katholischer Kandidaten in Verlegenheit sein. Weßhalb macht übrigens nicht die Regierung — sobald es erforderlich ist — bekannt, daß bei der hiesigen Schule eine Lehrerstelle zu besetzen ist? Keinesfalls aber durfte jetzt an die hiesige Schule, ganz gleich ob dauernd oder vertretungsweise, ein Protestant einberufen werden.

Auf 22 Lehrer bezw. Lehrerinnen entfallen bereits 7 evangelische Lehrkräfte und in der Gesamtzahl der Schüler der hiesigen Schule befinden sich kaum 20 Proz. protestantische Kinder. Während es also so viel protestantische Lehrer giebt, daß nicht einmal ein jeder von ihnen Religionsstunden erteilt, herrscht hier ein derartiger Mangel an katholischen Lehrern, daß der Religionsunterricht in die Zeit von 10 bis 11 Uhr Vormittags und sogar in die Nachmittagsstunden vertheilt werden muß. Der Ministerialerlaß aber verlangt, daß die Schulstunden früh mit dem Religionsunterricht beginnen. Bei dieser Gelegenheit will ich auch daran erinnern, daß der Herr Minister, als er sich bei der Revision der hiesigen Schule von dem Mangel katholischer Lehrer überzeugte, dem damaligen Inspektor des katholischen Religionsunterrichts, dem jetzigen Prälaten Wolinski in Strelno, versprochen hat, daß in Zukunft diesem anormalen Zustande durch Ernennung lauter katholischen Lehrer ein Ende

gemacht werden soll. Wir sind gespannt darauf, wie der Herr Kreisschulinspektor Gärtner unserem Schulvorstande gegenüber die Nothwendigkeit der Ernennung eines protestantischen Vertreters des Lehrers während des Schuljahres begründen wird.

Aus Nr. 127 des Goniec Wielkopolski
vom 5. Juni 1895:

Maiausflug.

Aus Inowrazlaw.

Die Politik der „Nadelstiche“ gegen die Polen seitens der Regierung beginnt von Neuem; Beispiele davon geben nicht nur Geheimräthe, Amtsräthe, Distrikts-Kommissarien und Ländrätthe, sondern sogar auch die Herren Minister. In Inowrazlaw hat sich nämlich Folgendes ereignet: Der für den zweiten Pfingstfeiertag in Aussicht genommene, alljährlich sich wiederholende Maiausflug polnischer Kinder nach dem Koscielcer Walde ist polizeilicherseits verboten worden. Aus welchem Grunde? Dies ist nicht bekannt! Am Sonnabend den 1. Juni begaben sich daher die Herren: Abg. Joseph Krzyminski und Kaufmann Jagodzinski-Inowrazlaw nach Posen, meldeten sich bei dem Herrn Oberpräsidenten an und baten um Aufhebung des Verbots. Die Antwort des Herrn Oberpräsidenten war eine abschlägige, d. h. er wollte die Verfügung der Inowrazlawer Polizeibehörde nicht rückgängig machen. Es blieb daher nichts weiter übrig, als sich an den Herrn Minister zu wenden. Die beiden vorerwähnten Herren wandten sich dann auch an den Herrn Minister des Innern mit der Bitte um Aufhebung des Verbots. Vom Ministerium ist die Antwort eingegangen, daß dasselbe das Verbot nicht rückgängig machen könne. Es kehren daher die Zeiten der schweren moralischen Bedrückung wieder, welche sich auf den früheren Bismarck'schen Grundsatz stützen: ut nihil possidetis.

Vorläufig werden wir nichts weiter erreichen, denn wegen eines Maiausfluges werden wir bei Sr. Majestät dem Könige nicht vorstellig werden. Die Sache dürfte jedoch durchaus im Abgeordnetenhaufe, welches am 11. d. Mts. wieder zusammentritt, zur Sprache gebracht werden. Der Abgeordnete Krzyminski wird unzweifelhaft den nöthigen Stoff vorlegen.

Das für den Maiausflug zusammengebrachte Geld ist zu anderweiten wohlthätigen Zwecken zu verwenden.

Der Dziennik Poznanski kommt in seiner Nr. 128 vom 6. Juni d. Js. noch einmal auf den Maiausflug zurück, veröffentlicht die beiden diesbezüglichen Verfügungen des Herrn Distrikts-Kommissarius Stroschein und des Herrn Landraths v. Dergen in Inowrazlaw und bemerkt zum Schluß Folgendes: „Wir überzeugen uns also, daß zur Zeit des „neuesten Rurjes“ schon die unschuldigen, für die polnischen Kinder veranstalteten Maiausflüge die öffentliche Sicherheit bedrohen und daß ein unschuldiges polnisches Vergnügen, ein polnisches Gedicht oder Lied so gefährlich sind, daß die Behörden eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung dadurch befürchten.“

Aus Nr. 128 des Goniec Wielkopolski
vom 6. Juni 1895:

Aufruf.

Der hiesige Ausschuß der polnischen Industrie-Vereine erläßt in den Blättern eine Einladung an die polnischen Industriellen zu einer am 14. und 15. Juli hier in Posen abzuhaltenden Generalversammlung. In der Einladung wird bemerkt, daß es überflüssig sein dürfte, die Nothwendigkeit einer solchen Zusammenkunft der Industriellen darzuthun, da gerade im gegenwärtigen Augenblicke die Industriellen ihre Lage sich genau klar legen und in manche Angelegenheiten, die auf die Entwicklung der heimischen Industrie günstig einwirken könnten, tiefer eindringen müßten. Die polnischen Blätter veröffentlichen gleichzeitig das ausführliche Programm der Berathungsgegenstände. Danach soll am ersten Versammlungstage Vormittags eine feierliche Andacht, sodann Mittags 12 Uhr eine Plenarsitzung mit folgender Tagesordnung stattfinden: 1) Begrüßung der Erschienenen. 2) Eröffnung des Kongresses. 3) Wahl des Büreaus. 4) Vortrag: Die Bedeutung des Kleinhandels und Kleingewerbes und deren praktische Durchführung — Referent Dr. Celichowski-Kurnik. 5) Die Beamten- und Konsumvereine — Referent Stephan Chociszewski-Posen. 6) Schluß: Nachmittags Vergnügen auf dem Städtchen (St. Roch). Montag, den 15. Juli. Vormittags halten die Sektion für Organisationsangelegenheiten der Vereine und die für gewerbliche und Handelsangelegenheiten im Bazar ihre Sitzung ab. Um drei Uhr Nachmittags wird die zweite Plenarsitzung eröffnet, deren Tagesordnung folgende ist: 1) Eröffnung. 2) Vortrag: Unerfüllte Erwerbsmöglichkeiten in Industrie und Handel. 3) Verlesung der Sektionsbeschlüsse. 4) Verabschiedung der Gäste.

Die Einladung bezw. der Aufruf ist unterzeichnet von den Mitgliedern des Industrie-Ausschusses und zwar von: Dr. Drobnik-Posen, als Vorsitzender, Stephan Chociszewski-Posen, als Schriftführer, Czypicki-Koschmin, Degorski-Wongrowitz, Gawlat-Wreschen, Moczynski-Bromberg, Valerian Szulc-Posen, Prälat Goebel-Kruschwitz, als Kommissar.

Aus Nr. 128 des Goniec Wielkopolski
vom 6. Juni 1895:

Wahlangelegenheiten.

Wir haben auf den Südmarchen Großpolens eine Niederlage erlitten, denn in Bissa ist ein Deutsche zum Abgeordneten gewählt worden. Versuchen wir den Verlust dadurch wieder gut zu machen, daß wir im Westen einen Polen durchbringen. Die Kreise Meseritz und Bomst sollen nun, da die Wahl des Abgeordneten von Dziembowski, früheren Landraths des Kreises Birnbaum, für nichtig erklärt worden ist, einen neuen Abgeordneten wählen. Sehen wir uns einmal die Gründe, aus denen im Jahre 1893 der polnische Kandidat durchfiel, genauer an. Nach Ansicht des Goniec sind die Gründe darin zu erblicken, daß 1) die polnische Arbeiterbevölkerung der deutschen Güter gezwungen worden sei, für den deutschen Kandidaten zu stimmen, daß 2) in den Grenzbezirken keine polnische Intelligenz vorhanden gewesen sei, die für die polnische Sache agitirte, daß 3) die Polen nicht verstanden hätten, sich hinreichend das jüdische Element geneigt zu machen, und daß 4) in den beiden genannten Kreisen kein hervorragender, populärer, die Allgemeinheit mit sich fortreisender Kandidat vorhanden gewesen sei. Um dem abzuhelpen, schlägt der Goniec Folgendes vor: Zu Punkt 1. Unter der

polnischen, auf deutschen Gütern beschäftigten Arbeiterschaft muß agitirt werden durch Belehrung über die nationale Sünde, wenn man für einen Deutschen stimme, durch Vertheilung von Aufrufen und Wahlzetteln, durch Ausendung von Emissären von Haus zu Haus, wozu mit Hilfe des Provinzialkomitees die erforderlichen Geldmittel aufzubringen seien. Zu Punkt 2. So bewährten Arbeitern im Interesse der polnischen Sache, wie es die Herren Graf Czarniecki-Rakwitz, von Swinarski-Obra, Groesche-Wollstein, Pfarrer Mojzykiowicz-Priment u. A. seien, müsse unbedingt Vertrauen geschenkt werden. Zu Punkt 3. Man dürfe das jüdische Element, das, weil liberal, den natürlichen Verbündeten der Polen, den Konservativen und Antisemiten gegenüber, darstelle, nicht verletzen, damit es von vornherein für den Polen eintrete. Charlatans vom Schlage Ahlwardts, die mit den Polen fraternisiren wollten, müsse in den Versammlungen polnischerseits der Mund gestopft werden. Da habe seiner Zeit Herr v. Koscielski in Wollstein klug gesprochen, indem er sich auf den Boden der Wiener Traktate gestellt, an die Jüdenschaft appellirt und Nachdruck darauf gelegt habe, daß die Religion Polen und Juden nicht trennen, sondern im Kampfe gegen den politischen Feind einen müsse. Zu Punkt 4. Einen geeigneten Kandidaten besitze man in diesem Falle in dem Pfarrer Szymanski, der selbst die Sympathien des jüdischen Elements besitze. Zum Schluß weist der Goniec zahlenmäßig nach, daß ein Sieg möglich sei und fordert außer der am künftigen Sonntag in Bentzen stattfindenden Wählerversammlung solche noch in verschiedenen anderen Ortschaften des Wahlkreises anzuberaumen.

Aus Nr. 127 des Goniec Wielkopolski
vom 5. Juni 1895:

Die polnische Landtagsfraktion.

Der Goniec bringt in seiner heutigen Ausgabe die Antwort, welche die polnische Landtagsfraktion dem polnischen Wahlkomitee der Stadt Posen auf den in der Wählerversammlung vom 9. April gefaßten Beschluß in Betreff der Oeffentlichkeit der Berathungen innerhalb der polnischen Fraktionen ertheilt hat. Die Antwort lautet in der Rückübersetzung folgendermaßen:

„Auf die gefl. Aufforderung vom 22. April cr. in Betreff der Oeffentlichkeit der Berathungen der polnischen Fraktionen in Berlin erlauben wir uns, dem geehrten Komitee Abschrift des Beschlusses vom 27. November 1879 zum Beweise dafür zu überreichen, daß wir uns niemals vom „Grundsatz der unbedingten Geheimhaltung der Beschlüsse“ haben leiten lassen, und erklären, daß die Landtagsfraktion nach allseitiger eingehender Prüfung der Sache beschlossen hat, im Sinne des erwähnten Beschlusses auch fernerhin zu verfahren.“

Berlin, den 31. Mai 1895.

Die polnische Landtagsfraktion.

St. Motty, Wawrzyniak, R. Szaniacki,
Vorwörender, Schriftführer.“

Der Beschluß vom Jahre 1879 lautet seinem wesentlichen Inhalte nach, daß die vertraulichen Berathungen nicht Gegenstand der Veröffentlichung durch die Blätter sein könnten, daß in den parlamentarischen Partekämpfen gewöhnlich die strikteste Diskretion sowohl in Bezug auf die Beschlüsse wie die Beweggründe unbedingt nothwendig sei, daß diese Diskretion, welche sämmtliche Parteien genau be-

obachteten, umsomehr von der polnischen Landtagsfraktion in ihrer schwierigen und Ausnahmestellung beobachtet werden müsse, daß die Fraktion, so oft sie dies für nothwendig erachte, ihre Beschlüsse durch ihr Bureau veröffentlichte und ihren Mitgliedern nicht verwehre, Mittheilungen über die gefaßten Beschlüsse, unter eigener Verantwortlichkeit für Inhalt und Form zu machen, ferner daß die Landtagsfraktion dieser Veröffentlichung der Berathungen und Beschlüsse, welche möglich und den polnischen nationalen Interessen förderlich sei, kein Hinderniß in den Weg lege, ein amtliches Korrespondenzbureau aber weder bilden könne noch wolle. Nach diesen Erwägungen wurde von der polnischen Fraktion u. d. 27. November 1879 der Beschluß gefaßt, ihr bisheriges Verfahren unverändert beizubehalten.

Sechszehn Jahre sind seitdem, wo in Berlin der vorstehende Beschluß gefaßt wurde, verflossen. Wie hat sich bei uns Alles seit dieser Zeit geändert! An Stelle der auf die Wiener Verträge fußenden Abgeordneten hatten wir in Berlin Leute am Ruder — namentlich zur Zeit der Koscielski'schen Ära, — welche vielleicht nicht aus bösem Willen, thatsächlich aber wegen augenblicklicher angeblicher Zugeständnisse und Vortheile mit unserem Nationalgefühl gleichsam systematisch Handel trieben.

Wir haben jetzt Abgeordnete, welche für ein katholisches Seminar der Regierung gestatteten, 70 000 Mann jährlich mehr zur Fahne einzuziehen und das so schwer erworbene Recht der Ertheilung des polnischen Privatsprachunterrichts opferten! Wo sind die Zeiten geblieben, in welchen wir in Berlin noch unsere wackeren Verteidiger, wie Megolewski, Bentkowski, Kantak, Magdzinski, Jazdzewski und Stablewski hatten? Die Ersteren sind gestorben, und mit ihnen schlossen wir die Epoche unserer Vertbeidigung auf rechtlich-politischer Unterlage, die Letzteren änderten ihre politische Ansicht und verurtheilen jetzt das, was einst für sie ein Gebot war. Die Minderheit dagegen der polnischen Fraktionen, diejenige, welche ihre Ansichten nicht geändert hat, welche die verkehrten Schritte unserer Parlamentarier lebhaft bedauerte, schloß sich ab und erwartete das Ende der politischen Diplomatie der Mehrheit. Wie schlecht wir dabei gefahren sind, das beweist der Erlaß des Ministers Bosse und die Thorner Kaiserrede, gerade die Gegensätze von dem, was die Thorner Rede des jetzigen Erzbischofs v. Stablewski bezweckte. Wer seine politischen Ansichten wie die Handschuhe wechselt, dem dürfte es doch nicht schwer fallen, seine Beschlüsse und Vorschriften (Reglements) zu ändern...

Der Goniec bespricht des Weiteren die einzelnen Punkte des Fraktionsbeschlusses vom 27. November 1879 und bemerkt unter Anderen, daß die Sache ganz anders sein würde, wenn die polnischen Abgeordneten ihren Wählern gegenüber offen auftreten möchten. Um nicht allein vom guten Willen dieser Abgeordneten abhängig zu sein, müsse man heute schon dafür thätig sein, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Wenn die Zeit der Neuwahlen kommen werde, würde man von den Abgeordneten eine Erklärung verlangen, daß sie die beantragte Reform einführen würden, und dies werde man ihnen als Bedingung ihrer Wahl stellen. Zum Schluß äußert das Blatt sich wie folgt: „Nehmen wir uns den ablehnenden Bescheid der Landtagsfraktion nicht zu sehr zu Herzen; nicht sie errichtet das künftige Polen, sondern wir hier zu Hause. Es ist schmerzlich, daß unsere Vertreter uns nicht verstehen wollen, daß sie uns Schwierigkeiten in unserer sozialen Entwicklung bereiten; trösten wir uns aber damit, daß es das wichtigste ist, Polen zu bleiben, die Generation in den Traditionen des Glaubens und der Geschichte unserer Väter zu erziehen, das Uebrige Gott und seiner Gerechtigkeit zu überlassen. Schließlich

geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß das Wahlkomitee in Posen diese Sache nicht ad acta legen, sondern eine neue Versammlung einberufen und hierzu die unsere Stadt im Land- und Reichstage vertretenden Abgeordneten Dr. Dziurobek in Schrimm und Fabrikbesitzer Cegielski einladen werde.“

Aus Nr. 22 des Przegląd Poznański
vom 2. Juni 1895:

Betrifft die Haltung der polnischen Fraktion gegenüber der Umsturzvorlage.

Das genannte Blatt theilt seinen Lesern mit, welche Haltung die polnische Fraktion gegenüber der Umsturzvorlage eingenommen habe. Zwar sei das Material kein offizielles, doch stamme es aus so achtenswerther Quelle, daß es nicht angezweifelt werden könne. Die Fraktion habe in ihrer entscheidenden Sitzung beschlossen, die Vorlage sowohl in der Fassung der Regierung als in der ihr von der Kommission gegebenen als Ganzes abzulehnen, dagegen bei der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen manche derselben zu unterstützen. Diesen Beschluß hätten die in der Fraktionsitzung anwesenden 16 Herren fast einstimmig gefaßt. Die Fraktion habe für fünf Paragraphen gestimmt, und zwar für die §§ 130, 166, 184, 184a und 42. Außerdem sei die Fraktion für Aufhebung des Kanzelparagraphen und bei § 112 für die Modifikation Lenzmann, nach Ablehnung derselben aber gegen den letztgenannten Paragraphen eingetreten.

Wörtlich fährt der Przegląd sodann folgendermaßen fort:

„Aus den 5 oben angeführten Paragraphen geht hervor, daß das, was dem Projekt der Kommission die grundsätzliche Färbung verlieh, was die Quintessenz und der Hauptpfeiler des Baus gewesen ist, was den Kammerton der gesamten Vorlage bildete, die Unterstützung der polnischen Fraktion gefunden hat. Es weht aus diesen Kommissionsbeschlüssen eine Art reaktionärer Zug; eine dunkle Dämmerung zieht herbei, die sich auf das menschliche Denken, auf Kunst, Litteratur und Wissenschaft legt, das Licht verfinstert und die Freiheit des Ideenfluges unterdrückt. Scheinbar ist in diesen, durch das Centrum geschmiedeten Ketten nur ein Hemmschuh gegen Ausschreitungen der kämpfenden Strömungen und ein Schild gegen ausgelassene Uebergriffe der Artistik enthalten; geht man jedoch auf den Inhalt der begrabenen Vorlage näher ein, so sieht man, daß diese Ketten biegsam und elastisch sind wie Kautschuk. Man kann sie so dehnen und strecken, daß sie einer Schlange gleich alles umschlingen und erwürgen, was sich nicht in den eisernen Reif der herrschenden sozial-philosophischen Dogmen und der landläufigen Philisterei fügen will. Auf dem Gebiet der sozialen Wissenschaften, der Philosophie und Kunst, im Kampfe der politischen Strömungen stellt sich dieses Gesetz nicht allein da als Grenzpfahl auf, wo die Polemik, Wissenschaft und Schönheit enden und Willkür, Ausgelassenheit und Zügellosigkeit anfangen, sondern als Polizeipeitsche, die an dem Ohr derjenigen ihr Pfeifen vernehmen läßt, deren Denkweise nicht nach der regierungs-klerikalen Façon zugeschnitten ist. ... Hat auch die polnische Fraktion in Opposition gegen einige Glieder jener Kette gestanden, mittels deren das katholische Centrum die Gesamtheit knebeln wollte, so hat sie doch, indem sie für eine ganze Reihe gefährlicher Gesetzespara-

graphen, für die hervorragendsten Trümpfe der Reaktion, für schwere Hemmnisse humanitärer Zeitrichtungen eintrat, sich in Widerspruch zu dem Willen der Nation gesetzt, welcher mit aller Energie und Entschiedenheit kundgegeben worden war. Darum können wir auch die Worte des Protestes und der Kritik, die wir in einem früheren Artikel (siehe Nr. 21 des Gesamtüberblicks über die polnische Tagesliteratur) niederlegten, kaum mildern, und haben demgemäß und gestützt auf das Programm, in dessen Dienst unser Blatt steht, nicht das Recht, Absolution zu erteilen.“

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 42 der (Berliner) Gazeta Polska vom 29. Mai 1895:

Die Gazeta Polska, welche in ihrer Nr. 37 vom 11. Mai (vergl. Nr. 20 S. 201 des Gesamtüberblicks pp. pro 1895) die Forderung aufgestellt hat, daß die Gesamtheit der Polen sich nicht auf die Herzhaltung und Kennzeichnung der von dem Verein zur Förderung des Deutschthums angewandten Kampfmittel beschränken, sondern durch Vermittelung der Presse auf Abwehrmaßregeln bedacht sein müsse, empfiehlt in ihrer obigen Nummer:

1. die Gründung eines Vereins zur Unterstützung des polnischen Gewerbes und Handels mit Anweisung des Sitzes in Posen und
2. die Organisation eines polnischen Vereins in der Fremde, dem die Aufgabe zugetheilt werden soll, außerhalb der polnischen Landestheile wohnhaften polnischen Industriellen die Rückkehr in die Heimath zu ermöglichen bezw. zu erleichtern.

Der zweite Vorschlag sei von dem Vertreter des Spandauer polnischen Vereins ausgegangen, und die Gazeta Polska hofft, daß die Vereine der Landsleute in Berlin ihn in die That umsetzen und ihm die seinem Zwecke entsprechendste Form geben würden. Der zu sammelnde Fonds werde am besten Eigenthum eines besonderen Vereins, nicht etwa Verwaltungsgegenstand eines Kollektivvorstandes der bereits bestehenden Berliner polnischen Vereine. Auch Polen, die dem Vereinswesen fernblieben, seien zu Beitragspenden anzuregen und ihnen als Entgelt ein gewisser Einfluß auf die Verwaltung der Fonds einzuräumen. Vielleicht komme man dahin überein, den Wirkungskreis des polnischen „Przytulisko“ (Polenheim) zu erweitern, indem man das Publikum dazu animire, seine Beiträge an dasselbe behufs Sammlung des in Rede stehenden Fonds abzuführen. In diesem Falle würde sowohl jedem Einzelnen als auch den polnischen Vereinen die Möglichkeit eröffnet, ihren Einfluß bezüglich der Verwerthung der Fonds zur Geltung zu bringen.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 62 der Gazeta Gdańska vom 25. Mai 1895:

Aus der Tuchler Heide.

Unsre Tuchler Heide umfaßt Gegenden, wo es an entsprechenden Weiden für das Vieh mangelt. Die Leute in einer gewissen Ortschaft versieten auf den Gedanken, das einst der Einwohnerschaft zustehende Recht, das Vieh im königlichen Walde zu

weiden, wieder zur Geltung zu bringen. Es gelang also einigen Personen, einen bestimmten Hirten anzunehmen, den man zu dem Herrn Förster mit der Bitte sandte, das Weiden des Viehs im königlichen Walde zu gestatten. Der Förster fragte, ob der Hirte deutsch könne, und als er erfuhr, daß dies nicht der Fall sei, erteilte er die Erlaubniß nicht und versetzte die Interessenten in ganz besondere Verwunderung darüber, weshalb der Hirte deutsch verstehen müsse, etwa deshalb, damit er das Vieh, das er hüten soll, deutsch dresfire, damit es im königlichen Walde deutsche Kultur sich zu eigen mache? Nicht genug, daß sich die Germanisirung auf Menschen, Ortsnamen u. s. w. erstreckt, die Sache geht so weit, daß man von einem Hirten fordert, er solle deutsch verstehen, und das anscheinend dazu, damit er Hornvieh deutsch dresfiren und die polnischen Namen desselben beseitigen könne.

Soll das Vieh auch germanisirt werden, dann wären hierfür entsprechende Dressireure erforderlich, denn unsre Hirten taugen nichts zum Germanisiren und würden für die Kühe, Ochsen, Ziegen und Schweine nicht die entsprechenden Namen finden, wofür sie mit dem Voch Bekanntschaft machen könnten.

Am Besten wäre es, wenn sich als kulturträgerische Hirten solche Kulturträger meldeten, denen die polnischen Namen der Kühe und des Viehs nicht gefallen. Finden sich solche nicht, und erhalten des Deutschen nicht mächtige Hirten nicht die Erlaubniß, Vieh in den königlichen Wäldungen weiden zu dürfen, dann bleibt nichts Anderes übrig, als daß manche arme Familie sich ihrer Grauen, Schecken u. s. w. entledigt, die bei dem ungeheuren Elend und der vorhandenen Noth noch einen kümmerlichen Unterhalt durch Gewährung von Milch darbieten, die in mancher Hütte das einzige Meßfel darstellt.

Aus Nr. 62 der Gazeta Gdańska vom 25. Mai 1895:

Die Provinzial-Gewerbeausstellung in Posen

wird künftigen Sonntag eröffnet. Die Polen werden an der Eröffnungsfeier wahrscheinlich nicht theilnehmen, denn Alles wird dabei deutschen Charakter tragen, obgleich man versicherte, die polnische Sprache werde Gleichberechtigung erfahren. Vor ungefähr zwei Jahrzehnten war ebenfalls in Posen eine Ausstellung, woran sich die Polen mit Ausnahme einiger Firmen wegen der Nichtberücksichtigung der polnischen Sprache nicht theilnahmen. Damals fiel die Ausstellung jammervoll aus. Jetzt sollte es anders sein. Die Polen schenken den verschiedenartigen Versprechungen gleich von vorn herein wenig Glauben, und dieser Mangel an Vertrauen hat viele Polen von der Theilnahme zurückgehalten. Jetzt zeigt es sich, daß polnische Aufschriften fehlen, daß keine polnischen Ansprachen stattfinden werden und daß man sich nur bemüht hat, die Polen zu gewinnen, damit die Ausstellung zahlreicher besucht und beschickt werde zwecks Erzielung höherer Einnahmen. Angesichts dessen kann uns die Posener Ausstellung nicht viel mehr interessieren, als die in Königsberg oder sonstwo. Wer ein persönliches Interesse daran hat, möge auch nach Posen reisen, doch können wir Niemanden dazu anregen, etwa deshalb, weil die Posener Ausstellung eine polnische sei. Posen ist nicht Lemberg. Wenn die Polen, sei es von unseren Gegenden oder von Galizien aus, Sammelausflüge nach Posen unternehmen wollen, dann mögen sie sich nicht täuschen, einen ebenso herzlichen Empfang wie in Lemberg

oder Krakau zu finden. Die ganze Last der privaten Aufnahme fällt in Posen auf Privatleute, im günstigsten Falle auf die polnischen Vereine. Darum nach Posen zu reisen, um dort enttäuscht zu werden, das lohnt sich nicht. Wäre von vorn herein mehr Vertrauen vorhanden gewesen, dann hätte Westpreußen ebenfalls eine Menge Ausstellungsgegenstände hingesandt. Da jedoch die Gleichberechtigung fehlt und man auf die Wünsche der Polen keine Rücksicht genommen hat, sind wir daselbst überflüssig.

Aus Nr. 123 der Gazeta Toruńska
vom 29. Mai 1895:

Das neue Attentat in Pelplin.

Es stand zu erwarten, daß der von den deutschen Patrioten hierher gesandte Bäcker Bombe sich neben den sechs übrigen, seit Langem hier angefessenen Bäckern nicht werde halten können und sich bald verziehen werde. In der That ist es so gekommen; schon ist er fort, obgleich er vor Kurzem wiederum von eifrigen Förderern des Protestantismus 100 M. zugesandt bekommen hatte. Ja, er hat aber auch leichten Herzens den mühelos erworbenen Groschen für gute Bissen und guten Trunk auszugeben gewußt. Ein anderer Bäcker wiederum ein Glaubensgenosse des vorigen, hat bereits begonnen, öffentlich zu drohen, daß er unverweilt zum Katholizismus übertreten werde, wenn man ihn gleich Jenem nicht seitens des Gustav Adolf- oder des S.-R.-T.-Vereins unterstützen werde. Doch ist es nicht so leicht, Katholik zu werden, als von jenen Vereinen Unterstützung zu erhalten. Er ist also weder Katholik geworden, noch hat er eine Unterstützung bekommen, während Bombe mit seinen 8 „Bombchen“ sich in das benachbarte Rudno unter die Fittiche seines väterlichen Wohlthäters davongemacht hat.

Da also dieses Attentat mißglückt war, dachte man sich ein zweites aus. Wie bereits die Blätter von langer Zeit berichteten, fand man vor dem hier erbauten protestantischen Bethause eine eiserne Röhre, die mit einem Fingerhut voll Pulver und Sand geladen und mit einer erloschenen Lunte versehen war. Selbstverständlich machten sich uns übelgefünnte Zeitungsschreiber diesen Umstand zu nütze, um uns Katholiken als Aufstörer anzuschwärzen, ähnlich wie dies vor Kurzem im Landtag geschehen ist. Doch trotz der eifrigsten Nachforschungen hat man die Uebelthäter nicht entdeckt, und von der Sache wurde es ziemlich still. Sollte die Ansicht mancher Katholiken sich in der That bewahrheiten, daß einer der protestantischen Glaubensgenossen, ob aus eigenem Antriebe oder in Folge Ueberredung, jene Röhre ausgelegt habe, um nur Lärm zu schlagen, die unnöthige Eröffnung der protestantischen Schule zu begründen und eine Unterstützung sei es aus der Kasse des Gustav Adolf-Vereins oder aus derjenigen der Regierung oder von Bismarck herauszuschlagen, was ihnen auch theilweise gelungen ist.

Die Schule selbst prosperirt jedoch nicht so, wie es nach soviel für ihre Gründung und Unterhaltung aufgewandter Mühe zu erwarten stand. Im Gegentheil, manche Protestanten fangen schon zu schimpfen an, daß die Schule den gewöhnlichen Anforderungen durchaus nicht entspreche; einer von ihnen beschloß sogar, seine Kinder aus ihr fortzunehmen und sie wieder in die katholische Schule zu schicken, da er die Bemerkung machte, daß es in jener an der gehörigen Disziplin oder Pädagogik mangle.

Aus alledem ist zu schließen, daß das ganze, in letzter Zeit so eifrige Auftreten der Protestanten in Pelplin nur künstlich hervorgerufen und bisher mit

nicht geringem Hochdruck aufrechterhalten worden ist. Es wird bald einschlafen, wenn es von oben herab keine Unterstützung findet, wozu gewiß dies Attentat mit der mit Sand gefüllten Röhre dienen sollte.

Sei es wie es wolle, hervorgehoben muß werden, daß wir bisher hier in Pelplin stets in Eintracht mit den Protestanten gelebt haben, bis man einen Beamten hergesandt hat, der wo anders wegen Streitsucht entfernt worden ist, hier sofort durch niederträchtige Machinationen bei den Wahlen auch Unfrieden zu säen begann und heut der Haupturheber der künstlichen protestantischen Bewegung in Pelplin ist. Er hört auch nicht auf, unwahre Mittheilungen an die Zeitungen zu machen, so daß unser Buchhändler, Herr M., schon einmal Unannehmlichkeiten davon hatte und jenen gerichtlich zur Rechenschaft ziehen wollte; schade nur, daß er dies nicht gethan hat. Vielleicht wäre in Pelplin der einstige Friede eingekehrt.

Aus Nr. 123 der Gazeta Toruńska
vom 29. Mai 1895:

Schöne Aussichten für die Pfarrer.

Aus der Diözese.

Nun, Ihr dummen Polacken, besonders Ihr polnischen Pfarrer, Ihr Agitatoren, Malkontenten! schämt Euch bis an die Ohren! Bis jetzt hattet Ihr lebende Beweise, daß die — natürlich gewissenhaften, selbstlosen Priester bei der Regierung in gar keinem Ansehen stehen und habt schmerzlich über die beklagenswerthen Zustände geseufzt. Wir haben uns Alle gräßlich geirrt, indem wir die Regierung „nach ihren Thaten“ taxirten. Jetzt hat dieselbe den Beweis geliefert, wie hoch die katholischen Priester bei ihr im Werthe stehen; sie traut ihnen Klugheit zu, vertraut ihnen und glaubt an ihren Eifer!

Der Herr Regierungspräsident von Marienwerder hat nämlich geruht für die Gemeindebehörden Hülfe zu fordern. Es lebe der geistliche Stand! Ich gratulire ihm zu einem so ehrenvollen Amte! Welch' ein „Ehrenamt“! Gehülfe des Schulzen, Stadt- und Dorfsbediensteter! Sobald er sich befähigt zeigt, wird man ihm vielleicht nach einem Jährchen aufgeben, daß er Straßen fegen helfe, oder man wird ihm vielleicht gar das „Nebenamt“ des Nachtwächters oder Gemeindegirten anvertrauen, natürlich als „Ehrenamt.“

Schwingt sich in der That, irgend ein Streber nach einem so hohen Amte zum „Vertrauensmann“ auf, welches „Abzeichen“ wird er dann tragen? Wird er vor den Hütten mit dem „Blech“ oder ohne „Blech“, kurz oder lang gekleidet defiliren? Wenn „lang“, dann werden die Leute denken, er komme in einem Jahre zwei Mal Gaben sammeln; möge er sich also auf Schimpfworte nach der Melodie: „Marsch, marsch, Dabrowski!“ gefaßt machen! Liebes Pfarrerchen, würdest du kurz gekleidet ausgehen, dann gratulire ich Dir!

Auf die Beschwerden der Abgeordneten in Berlin darüber, daß es so sehr wenige katholische Beamte gebe, entgegnete Herr Minister Bosse mit einer für uns bitteren Herabsetzung: „Es fehlt katholisches Beamtenmaterial!“ Hörst Du es Katholik? Als Oberpräsident, Regierungspräsident, Landrath, und Du, Priester als Kreis- oder Ortsschulinspektor bist Du zu „schlechtem“ Material, dagegen als Gemeindegirter dem Anschein nach ein „vorzügliches.“

Willst Du Dich ungeachtet alles dessen opfern und wenn auch nur einen einzigen Tag lang mit Hingebung eines so hohen Amtes warten, so mache Dir gefälligst in jeder Ecke des Tuches, womit Du

Dir den Schweiß von der Priesterstirne wischen wirst, einen Knoten, damit Du etwa nicht vergiffest, daß auch hier die Amtssprache deutsch ist. Entgegen-gesetzten Falles könnte man einen Disziplinarprozeß wegen Untreue im Amte gegen Dich anstrengen!

(Auch uns wundert die Zumuthung der Regie-rung, daß die Geistlichen auf höhere Anordnung hin sich den Gemeindebehörden dienstbar erweisen sollen. Der Herr Regierungspräsident hätte seinen Unter-gebenen anbefehlen müssen, die Geistlichkeit in artiger Form um Hülfe und Rath zu bitten, und die Pfarrer hätten sich dessen gewiß nicht geweigert. Jetzt werden die Herren Gemeindeglieder, besonders aber der Anhang des „Geselligen“, glauben, der Pfarrer sei zu helfen verpflichtet, und werden die Hülfeleistung gebieterisch fordern. Red.)

Aus Nr. 64 der Gazeta Gdańska
vom 30. Mai 1895:

Heiligung des Sonntags beim Militär.

Am 1. Juni soll in Walbau ein gewisser Theil des 2. Bataillons 15. Artillerieregiments in Quar-tieren untergebracht werden. Am 2. Juni, einem Pfingsttage, müssen die Soldaten zu ihrer zwei Meilen entfernten Garnison Graudenz einen Marsch zurücklegen. Läßt sich thatsächlich der Marsch auf keinen andern Tag verlegen; muß er durchaus an einem so hohen Festtage stattfinden?

Aus Nr. 64 der Gazeta Gdańska
vom 30. Mai 1895:

Von Herrn v. Donimirski-Hintersee bei Stuhm erhalten wir folgendes Schreiben:

Ich bitte ergebenst, Folgendem in der Gazeta Gdanska Raum gewähren zu wollen:

Der Pfarrer Stalinski hat den Herrn Bischof nicht gebeten, sondern demselben vorgeschlagen, ihm zu gestatten, an jedem Sonn- und Feiertage polnisch und deutsch zu predigen, womit der Herr Bischof natürlich einverstanden gewesen ist. Doch gestatte ich mir an Andre die Frage zu richten, ob solche Aende-rungen in der That erforderlich waren? Lange Jahre hindurch fanden in der Stuhmer Kirche nur jeden dritten Sonntag deutsche Predigten statt; später jedoch ordnete der Herr Bischof dem verstorbenen Pfarrer Gaebler gegenüber an, daß der letztere jeden zweiten Sonntag deutsch predigen solle. Was der Herr Bischof gewünscht hatte, geschah; doch bin ich selbst Zeuge gewesen, wie der verstorbene der deutschen Nationalität angehörende Pfarrer Gaebler sagte: „Diese Aende-rungen sind durchaus unnöthig, da die Parochie mehr polnisch als deutsch ist; die Leute verstehen nicht deutsch und besuchen die polnischen Predigten.“ In Nr. 63 der Gazeta Gdanska findet sich ferner die Bemerkung von einer Bittschrift an den Herrn Mi-nister der geistlichen pp. Angelegenheiten Grafen Jedlik vom 14. Februar 1892, welche Pfarrer Stalinski-Stuhm nicht unterschreiben wollte, und daß er mich bat, daß ich die Bittschrift umschreibe, womit wir nicht einverstanden sein konnten, da die Petition durch eigenhändige Aenderungen des Pfarrers St. völlig den Sinn verloren hatte. Uns hat es sich doch hauptsächlich um Wiedereinführung des polnischen Unterrichts in die Volksschulen, die Ertheilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache pp. gehan-

belt, und grade diese Bitten waren von Pfarrer St. eigenhändig gestrichen worden.

Der Eingang der Bittschrift lautet z. B.: „Peti-tion der Bewohner polnischer Zunge aus dem Kreise Stuhm um Wiedereinführung der polnischen Sprache in den Volksschulen.“ Der Herr Pfarrer hat diesen Satz in folgender Weise umgeändert: „Petition der katholischen Bewohner aus dem Kreise Stuhm in Betreff der Schulen.“ Eine Petition, wie sie Pfarrer St. wollte, konnten wir nicht senden; Pfarrer St. verließ uns also bei Zeiten, ohne unfre Petition zu unterschreiben; ich meinerseits habe ihm dieselbe nicht mehr zugesandt, da ich von vorn herein wußte, daß er sie nicht unterschreiben würde.

v. Donimirski, Hintersee bei Stuhm.

Aus Nr. 125 der Gazeta Toruńska
vom 31. Mai 1895:

Die Bittschrift

in Sachen der Ertheilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache hatten in 90 Parochien 40 000 Familienväter unterschrieben. Diese Petition sandte Herr Emil v. Czarlinski an den Herrn Bischof von Kulm Dr. Redner mit der Bitte um Unter-stützung derselben bei der Regierung. Daraufhin erhielt er unterm 13. d. M. folgenden Bescheid:

Der Bischof von Kulm.

Pelplin, den 13. Mai 1895.
Journal-Nr. L. L. 384.

Em. Hochwohlgeboren benachrichtige ich ergebenst, daß von dem Herrn Minister der geistlichen, Unter-richts- und Medizinal-Angelegenheiten in Folge der Uebermittlung der in 4 Bände gefaßten gleichartigen Petitionen katholischer Familienväter der diesseitigen Diözese mir folgende Erwiderung zugegangen ist:

„Dem in diesen Petitionen gestellten Antrage, den polnischen Kindern in den zweisprachigen Volks-schulen Westpreußens den Religionsunterricht auf allen Stufen in der polnischen Sprache ertheilen zu lassen, vermag ich nicht Folge zu geben, da auch die polnischen Kinder auf den oberen Stufen der bezeich-neten Schulen dem in deutscher Sprache ertheilten Religionsunterrichte mit vollem Verständniß zu folgen vermögen.“

Mit Rücksicht darauf, daß die Frage wegen der Unterrichtssprache beim Religionsunterricht in zwei-sprachigen Schulen erst jüngst im Hause der Abge-ordneten eine eingehende Behandlung erfahren hat, glaube ich von einer besonderen Bescheidung der Pe-tenten Abstand nehmen zu sollen.“ † Leo.

An

den Herrn Rittergutsbesitzer Emil von Czarlinski
Hochwohlgeboren
Brachnowo.

Hierzu bemerkt die Gazeta Gdanska in Nr. 65 vom 1. Juni:

„Der Herr Minister hat also nicht geruht, die Bittschrift von 40 000 Familienvätern zu berücksich-tigen, da die polnischen Kinder kurz und bündig fähig seien, in deutscher Sprache Religion zu lernen.“

Wir haben unfre Pflicht gethan, indem wir uns um unfre Jugend bemühten, daß sie wegen des Mangels an Verständniß der Lehrer der Religion nicht auf Abwege gerathe. Zeigt sich unter den Polen

der Sozialismus, dann fällt die Verantwortung hierfür nicht auf uns, da uns jedoch das Wohl unsrer Jugend am Herzen liegen muß, dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Es bleibt uns das polnische Haus, wo es unsre heilige Pflicht ist, die Kinder polnisch zu lehren. Erfüllen wir diese Pflicht gewissenhaft, wenn uns das Wohl der polnischen Jugend am Herzen liegt!"

Aus Nr. 65 der Gazeta Gdańska
vom 1. Juni 1895:

Die Hauptversammlung des unterrichtlichen Hilfsvereins für Westpreußen

fand am 28. v. M. in Kulm statt. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Herr Ludwig v. Elaski aus Thorn, indem er sein Bedauern darüber aussprach, daß die Versammlung nicht so zahlreich besucht sei, als es zu wünschen wäre. Das Interesse für den Verein sei im vergangenen Jahre gewachsen, und obgleich Mitglieder abgegangen seien, die den Verein stets mit größeren Gaben bedacht hätten, so haben doch kleinere Zuwendungen die Einnahme vermehrt.

Zum Vorsitzenden wurde Herr A. Działowski gewählt. Nach der Verlesung des Protokolls erstattete Herr Dr. Czajla den Kassenbericht. Die außergewöhnlichen Zuwendungen haben sich Dank den Vereinen, die zu Gunsten des Lehrhilfsvereins Liebhaber-Theatervorstellungen veranstaltet hatten, bedeutend erhöht. Der eiserne Fonds ist durch das Legat des verstorbenen Prälaten Brądzynski um 1000 Mark, durch das des verstorbenen Pfarrers Kniffe um 500 Mark gewachsen. Die Ausgaben waren größer, indem für Akademiker 800 Mark mehr und auch für Gymnasiasten eine höhere Summe ausgegeben wurde; darum ist der Bestand für das künftige Jahr geringer (2820 Mark) als im Vorjahre. Die Direktion wandte bei Vertheilung der Unterstützungen ihr Augenmerk besonders auf die Jugend, welche sich dem geistlichen und dem gewerbetreibenden Stande zuwendet, da es uns an beiden mangelt. Ueber den Bericht entspann sich eine Diskussion. Abg. Prof. Schroeder hob die Bemühungen des Dr. Zielinski-Czersk und des Pfarrers Thokarski-Pogodki anerkennend hervor, die dem Vereine viele Mitglieder gewonnen hätten. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, in den Jahresberichten die unterstützten Gymnasiasten und Präparanden nicht bei Namen aufzuführen.

Da die Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft vom rechtlichen Standpunkte aus sehr schwierig wäre, ließ man den Gedanken daran fallen. In den Vorstand wurden von Neuem die Herren v. Elaski, Rybinski, Dr. Czajla, v. Kalkstein und v. Sczaniecki gewählt.

Herr Wesolowski-Kulm forderte, daß der Verein die lernenden jungen Handwerker unterstütze, die sich beruflich ausbilden wollen. Dieser Antrag wurde von Herrn E. v. Donimirski u. A. unterstützt. Dr. Czajla hob hervor, daß der Verein auch Handwerkern Unterstützung gewährt habe, und der Dekan Poblocki erklärte, der Vorstand sorge dafür, daß die Stipendiaten sich nach Möglichkeit in entsprechende Anstalten begäben

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziądzka
vom 6. Juni 1895:

Oliva.

Sehr erfreulich ist es für uns, daß die Zahl der Kinder, welche den polnischen Vorbereitungsunterricht für den Empfang der hl. Sakramente besuchen, um ganze 100 Prozent gewachsen ist. Denn während bis in die letzte Zeit hinein nur ungefähr 25 Kinder diesen Unterricht besuchten, zählt die polnische Abtheilung heut über 50 Kinder. Unser ehrwürdige Pfarrer Krzyn hat keine geringe Arbeit mit ihnen, da selten eines derselben polnisch lesen kann.

Aus den sozialdemokratischen Blättern.

Aus Nr. 22 der Gazeta Robotnicza
vom 1. Juni 1895:

Polnische Arbeiter.

Aus Rawitsch.

Ein Fall der Tyrannei und Sklaverei kam am Dienstag den 21. Mai d. J. in Rawitsch vor. Ein Rittergutsbesitzer, Namens Georg Schulz, in Dtschkowitz Kreises Gostyn beschäftigt meist Arbeiter aus Polen. Am vorerwähnten Tage verließen sie heimlich den Dienst, weil, wie sie sagten, der Besitzer ihnen die Arbeit nicht bezahlen wollte und weil überhaupt der Aufenthalt bei ihm unerträglich war. Sie kamen etwa 20 Mann hoch nach Rawitsch, um hier entsprechendere Beschäftigung zu suchen. Ihre Absicht mißlang jedoch. Auf telegraphische Anordnung des betreffenden Distrikts-Kommissarius wurden sie von der hiesigen Polizei angehalten und einem Gendarmen übergeben, welcher sie nach Dtschkowitz wieder zurückführen sollte. Die Leute verhielten sich vollständig ruhig, sie standen unter Aufsicht und warteten auf den Augenblick, in welchem man sie zurücktransportiren würde. Inzwischen aber erschien der p. Schulz, und als er seine Sklaven erblickte, sprang er auf sie zu und schlug mit einem dicken Knüttel, wie ihn die Fleischer und Viehhändler zu tragen pflegen, auf sie los. Die Arbeiter wollten in Folge dessen nicht zurückkehren. Auf dem Markte sammelte sich eine Menschenmenge an, welche die Partei der polnischen Arbeiter ergriff. Entschieden wäre es dem neuen Leist schlecht ergangen, wenn es dem hiesigen Polizei-Inspektor nicht gelungen wäre, die erregten Gemüther zu beschwichtigen. Trotzdem schlug der Besitzer Schulz erneut mit dem Stock auf die Arbeiter, namentlich auf eine Frau los, welche vor Schmerzen weinend um Hilfe rief. Endlich begaben sich der Gendarm und der preussische Junker mit dem Knüttel und den polnisch-europäischen Sklaven auf den Weg nach Dtschkowitz, welches 18 Kilometer von Rawitsch entfernt liegt. Wie viel Schläge sie unterwegs erhielten und welche Mißhandlung ihnen, als sie an Ort und Stelle anlangten, zu Theil wurde, wird nur derjenige leicht errathen, welcher diesen Verfolger gesehen hat. Unterwegs durften sie keine Nahrung zu sich nehmen, und als den Müden und Verschmachteten auf deren Ersuchen ein Gastwirth etwas Wasser reichen wollte, gaben der p. Schulz und der Gendarm es nicht zu. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, ist der Besitzer Schulz eine der Hauptstützen der jetzigen Ordnung und ein erbitterter Gegner der Sozialdemokratie. Darüber brauchen wir uns nicht zu wundern, denn es ist ja bekannt, daß nur die Sozialdemokraten im Stande sind, diesen Herren die Hörner abzustossen und dieser Rohheit ein Ende zu machen.

Aus N. 65 des Wiarus Polski
vom 1. Juni 1895:

Wir machen die polnischen Blätter im Lande, welche die Mittheilung von dem „Verein arbeitender Polen in Paris“, unterschrieben Sekretär Klimowicz, gebracht haben, aufmerksam, daß die Berliner sozialistische Zeitung in ihrer letzten Nummer diesen Aufruf ebenfalls enthält, woraus zu schließen ist, daß obiger Verein ein sozialistischer ist. Die Sache müßte genau untersucht werden, da die polnischen Blätter Landsleute wider Willen in sozialistische Rege treiben könnten.

Die Berliner sozialistische Zeitung schreibt, in Frankfurt a. D. sei ein Verein polnischer Arbeiter „Dziwna“ (Bildung) gegründet worden.

Der gedachte Verein ist augenscheinlich sozialistisch, und es muß daher jeder Pole ihm fern bleiben. Dafür rathen wir den dortigen Landsleuten, sich bald an die Gründung eines katholisch-polnischen Vereins zu machen. Die Redaktion wird gern dabei behilflich sein.